

Abiturprüfung 2002

GESCHICHTE

als Grundkursfach

Arbeitszeit: 210 Minuten

Der Prüfling bearbeitet **zwei** Aufgaben nach seiner Wahl.

Als Hilfsmittel kann ein zugelassener Geschichtsatlas benutzt werden.

Am Ende jeder Teilaufgabe steht die maximal erreichbare Anzahl von Bewertungseinheiten (BE).

DIE REICHSGRÜNDUNG UND IHRE EUROPÄISCHE BEDEUTUNG –
DAS KAISERREICH

- 1 [24 BE]
- 1.1 Erarbeiten Sie aus dem beigefügten Text die Haltung des Abgeordneten Dr. Krätzer gegenüber einem Eintritt Bayerns in das Deutsche Reich von 1871!
- 1.2 Überprüfen Sie, inwieweit die Ausgestaltung der Reichsverfassung das Urteil des Redners über die innere Beschaffenheit des neuen Reichs bestätigte!
- 2 Skizzieren Sie die Haltung Bayerns zur Einheit Deutschlands zwischen 1815 und dem Zeitpunkt der Rede! Klären Sie auf dieser Grundlage, in welchem Maße der Beitritt Bayerns zum Reich von inneren und äußeren Zwängen bestimmt war! [12 BE]
- 3 Beschreiben Sie vor dem Hintergrund der politischen Situation in Europa das außenpolitische Verhalten des Deutschen Reichs zwischen 1871 und 1890! Stellen Sie fest, ob sich die außenpolitischen Erwartungen des Redners in dieser Periode bewahrheitet haben! [12 BE]
- 4 *Ihr meint, ihr habt ein Reich gegründet, / und habt doch nur ein Volk zerstört.*
(Franz Grillparzer)
- Verdeutlichen Sie die Kritik, die hier aus österreichischer Sicht an der Reichsgründung geübt wird, und erörtern Sie die Entwicklung des deutsch-österreichischen Verhältnisses zwischen 1914 und 1938! [12 BE]

Rede des Abgeordneten Dr. Krätzer (Bayerische Patriotenpartei) in der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags, 17. Januar 1871 (Auszüge)

- Meine Herren! Sie wissen wohl, welche Stellung ich gegenüber den Verträgen¹ einnehme, nachdem ich als Mitglied des Ausschusses mich schon darüber ausgesprochen. Ich habe die Ansicht, wer den Einheitsstaat will, der stimme zu; die Annahme der Verträge führt sicher zum Einheitsstaate. Unsere Zeit, sagt man
5 uns, ist ohnedem der Art, dass in ihr die kleinen Staaten verschwinden müssen; die Zeit der Eisenbahnen, des großartigen Handels, duldet sie nicht; sie werden zu Grunde gehen. Wenn wir aber den Einheitsstaat nicht wollen, wenn wir ihn der deutschen Natur nicht entsprechend finden, sollen wir dann den Weg einschlagen, der mit größter Gewissheit dazu führt? Ich glaube nein! Was hat denn Deutschland
10 zu dem großen, verhältnismäßig glücklichen Lande gemacht, das es jetzt schon ist? Sie geben mir alle gewiss zu, in Deutschland findet man die größte Bildung; kein anderes europäisches Volk steht auf so hoher Kulturstufe, so viel Kunst, so viel Wissenschaft ist in keinem Reiche der Welt vorhanden; und woher kommt
15 das? Weil wir eben keinen Einheitsstaat bilden, nicht in einem solchen gelebt haben. Unsere verschiedenen Hauptstädte waren es, die den mannigfachen Richtungen die Wege offen gehalten haben; in Wissenschaft und Kunst wurde hier diese, dort jene Richtung gepflegt. Wenn uns aber die Möglichkeit gegeben ist, diese Freiheit, welche die hier geschilderten Vorzüge uns verschafft hat, uns zu erhalten, sollen wir sie dann freiwillig aufgeben, sollen wir in den Einheitsstaat
20 eingehen, der Frankreich nicht glücklich gemacht hat? [...]
Ich habe gesagt, aus welchen Gründen ich nicht für die Verträge sein kann; nun aber erlaube ich mir – die Sache hat sonst noch große Schwierigkeiten – andere Gründe gegen dieselben in Kürze hier anzudeuten. Wenn man ein großes Reich gründet, wie es hier geschaffen werden will, wenn man alle Kräfte anspannt, einen
25 Staat zu gründen, den man jetzt schon nach seiner Anlage einen »absolutistisch-monarchisch-militärischen Staat« geheißen hat, von dem in Berlin gesagt worden ist, in ihm ist alles parlamentarische Leben, alle Freiheit aufgehoben – ja, meine Herren, zu einem solchen Werke können wir nicht „Ja“ sagen. Wohin führt die Gründung eines solchen Staates? Zu Kriegen, zur Bekämpfung anderer Staaten!
30 Die Sucht, die Herrschaft über Europa zu bekommen, liegt zu Grunde, und diese Anspannung aller Kräfte wird auch in nächster Zeit zum Kriege führen.
Meine verehrten Herren! Glauben Sie, unser Volk hat den Willen, seine Söhne von einem Kriege zum andern führen zu lassen? Ich glaube, in diesem Augenblicke erleben wir einen Krieg, der schon so großes Elend gebracht hat,
35 das es wahrhaftig erschreckend ist. Das Glück von Tausenden ist jetzt schon zertrümmert. Staaten gründen zu helfen, die die Herrschaft über Europa als Ziel

haben, glaube ich, wird nicht unsere Aufgabe sein. Unsere Aufgabe wird die sein, unsere Kräfte in einem geeinigten Deutschland zusammenzufassen, das stark genug sein soll, gegen jeden Angriff sich zu verteidigen, und das daher geeignet ist, den Frieden zu erhalten.

Das wollen wir, einen Staat, der seiner innersten Anlage nach defensiver Natur ist, aber nicht offensiver, nicht einen, der die Herrschaft über die Welt anstrebt. Denn der Frieden ist es, der den Wohlstand bringt, der Krieg zerstört den Wohlstand, und ein solcher ist uns in Aussicht. Dass er kommen wird, sehen wir, wenn wir die Traditionen des Stammes, an den wir uns knüpfen sollen, betrachten, wenn wir die Verfassung, die uns vorgelegt ist, in das Auge fassen. Kann man dieselbe anders nennen, als wie ein sehr geehrter Herr Reichsrat gesagt hat: absolutistisch-monarchisch-militärisch? Und wir sollten nur so mit den beiden Füßen hineinspringen? [...]

Meine Herren, unser König war souverän, und was wird er sein, wenn wir die Verträge annehmen? Dann ist er es jedenfalls nicht mehr. Ob er mediatisiert wird, meine Herren? Ob das Wort richtig gebraucht ist, darum streite ich nicht.

Ich weiß wohl, man hat sonst bloß die Herren Mediatisierte genannt, welche früher reichsunmittelbar waren und unter die Landeshoheit anderer Fürsten kamen. Unser König kommt aber in eine ähnliche Lage, er erhält einen Herrn über sich, den Kaiser, und dieser Kaiser hat das Recht, unser Bayerland zu repräsentieren, Krieg und Frieden zu erklären, Blut und Vermögen und von unserer Jugend den Fahneid zu verlangen, dieser Kaiser hat das Recht, die mannigfachsten Regierungsrechte in Bayern auszuüben. Wenn ein Gesetz mit Zustimmung des Reichstages erlassen wird, wenn Bayern im Bundesrate, wenn es im Reichsrat gehört wurde, und es wird überall im Bundesrate und Reichsrat überstimmt – wird das Gesetz bei uns deshalb doch publiziert, es gilt bei uns, trotzdem, dass es dem bayerischen Volke nicht recht ist, es gilt, weil es publiziert wird von der neuen Bundesgewalt. Meine Herren, ist dann das Land und das Volk und der Fürst noch in der alten selbständigen Lage, können sie ihre Interessen wahren? [...]

Meine Herren! Man sagt, die Annahme sei unvermeidlich, wir können nicht gegen den Strom schwimmen. Ich kann das nicht zugeben; es hat uns der Herr Minister schon gesagt, es gibt keinen Zwang von Außen, und wo wäre denn auch derselbe? Bloß die Gegenseite versucht solchen. Man hat früher gesagt und wohl auch mit Recht, der Krieg hat uns gezeigt, wie notwendig eine Einigung ist. Meine Herren! Ich gebe ja das gerne zu, aber der Krieg musste nicht zu einem solchen Verträge führen, der so weit geht, der die Rechte Bayerns, seiner Fürsten und seines Volkes beeinträchtigt. Und doch konnte das Notwendige, das Nützliche zur Sicherung

eines Verteidigungs-Systems ermöglicht werden. Man hat Ihnen ja heute gesagt, wie herrlich gekämpft worden ist ohne eine solche Einigung. Ich erinnere Sie daran, die errungenen herrlichen Siege sind sie weniger, weil sie nicht von Soldaten eines Reiches ausgingen? [...]

Nehme ich das Fazit des Ganzen, meine Herren, so kann ich bei der geschilderten Sachlage nur so viel sagen: Mit diesem Verträge wird Bayern, wird Deutschland nicht glücklich.

¹ Es handelt sich um die Verträge über den Beitritt Bayerns zum Deutschen Reich, die von den Delegationen Bayerns und Preußens am 23.11.1870 beschlossen worden waren. König Ludwig II. stimmte ihnen am 7.12.1870 zu, am 30. Dezember wurden sie von der Ersten Kammer gebilligt. Ähnliche Verträge waren im November 1870 auch zwischen Bismarck und den anderen süddeutschen Staaten ausgehandelt worden. Am 18.1.1871 wurde in Versailles der preußische König zum deutschen Kaiser ausgerufen; die Verfassung des Deutschen Reichs trat am 16.4.1871 in Kraft.

DAS KAISERREICH –
DIE NEUORDNUNG EUROPAS UND DIE WEIMARER REPUBLIK

- 1 [26 BE]
- 1.1 Ermitteln Sie aus dem beigefügten Text, welches Deutschlandbild der französische Marschall Foch zeichnet!
- 1.2 Stellen Sie die Forderungen Fochs hinsichtlich einer Nachkriegsordnung in Europa und Deutschland zusammen und nennen Sie die Bestimmungen des Vertrags von Versailles, die diesen Forderungen entsprechen!
- 2 Erläutern Sie die innenpolitischen Auswirkungen des Vertrags von Versailles in der Weimarer Republik! [14 BE]
- 3 [20 BE]
- 3.1 Stellen Sie die wichtigsten Stationen des deutsch-französischen Verhältnisses zwischen dem Vertrag von Versailles und dem Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone des Rheinlands dar!
- 3.2 Erörtern Sie, aus welchen Gründen Hitler nach der „Machtergreifung“ die in der Weimarer Republik geschaffenen Ansätze einer dauerhaften Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen ohne Schwierigkeiten beseitigen konnte!

Note des französischen Marschalls und Oberbefehlshabers der alliierten Heere Foch an die Bevollmächtigten der alliierten Mächte, 10. Januar 1919 (Auszüge)

- [...] Ohne Zweifel kann man in einer unbestimmten Zukunft auf eine derartige Entwicklung der Zivilisation und des sittlichen Empfindens der Völker rechnen, dass man in einem stark organisierten Bunde oder [in einer] Liga der Völker ein wirksames Hindernis gegen den Eroberungskrieg finden wird. Damit jedoch dieser
- 5 entstehende Völkerbund eine so starke Autorität erlangt, dass er durch sich selbst eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens bildet, ist es erforderlich, dass er jetzt schon die hinreichende Grundlage und die besondere Kraft erhält, die seine Entwicklung sicherstellen. Man muss daher die bisherige Lage der Völker kennen, um von der heutigen ausgehend die künftige zu bestimmen. Man muss ferner die
- 10 Friedenspfänder in Rechnung stellen, die ein kostspieliger Sieg den alliierten Nationen dank ihrer völligen Einheit in die Hand gegeben hat und deren Preisgabe die künftige Erhaltung des Friedens gefährden würde. [...]
- Das Deutschland von 1914 war das Ergebnis einer andauernden Arbeit von 150 Jahren, die, von Friedrich II. begonnen und von seinen Nachfolgern methodisch
- 15 fortgesetzt, zur Verpreußung Deutschlands geführt hat. [...]
- Gegen dies ausgebildete System von Kräften, das auf jahrhundertelanger, dauernder Gestaltung beruhte, hat die Entente den Kampf im Namen der Grundsätze des Rechts und der Freiheit der Völker unvorbereitet bestehen müssen, und alsbald trat ihr eine Reihe von Nationen bei, die von den gleichen
- 20 Grundsätzen beseelt waren, in erster Linie die Vereinigten Staaten. Dank dieser Anstrengung aller und dank einem Siege, der den zuerst in den Kampf verwickelten Nationen besonders teuer zu stehen kam, ist die Krisis heute beendet, aber sie kann wieder ausbrechen. [...]
- Um ihre Wiederkehr zu verhüten, genügt es zweifellos nicht, die deutsche
- 25 Regierungsform zu ändern. Nachdem die Hohenzollern unter Umständen abgetreten sind, die diese Dynastie und jede Militärmonarchie in der öffentlichen Meinung besonders herabsetzen müssen, scheint die Wiederaufrichtung der Kaisermacht sicherlich nicht mehr in Frage zu kommen, wenigstens für einige Zeit. Aber eine Republik, die auf den gleichen Grundsätzen der Zentralisierung
- 30 der Macht und des Militarismus aufgebaut ist und das Geschick ganz Deutschlands in die Hand nimmt, wird ebenso viele Gefahren bieten und eine ebenso furchtbare Bedrohung des Friedens darstellen. Sie ist anscheinend leicht zu verwirklichen in einem Lande, das vom preußischen Geiste, von preußischen Methoden, von militaristischen Lehren durchtränkt ist und in dem noch das
- 35 Autoritätsprinzip und das Zentralisationsbedürfnis aus Anlage wie aus Tradition unbeschränkt herrscht. Mehr noch, durch den Fortfall der kleinen Fürstentümer,

die der Reichseinheit zweifellos hinderlich waren, hat das republikanische Deutschland Aussicht, in seiner vollendeten Einheit sowie in der Lebens- und Tatkraft des Volkes, das nun seiner Regierung unmittelbar näher steht, einen Kraftzuwachs zu finden.

40 Nur aus der Stärkung der durch die Niederlage, dann durch die freie Meinungsäußerung zu richtigeren Begriffen von Recht und Gerechtigkeit gebrachten Geister, aus ihrer weit gehenden Teilnahme an der Kontrolle der vollziehenden Gewalt kann sich eine Wirksamkeit der republikanisch scheinenden
45 Einrichtungen in demokratischem Sinne ergeben, die ohne ihn die ganze Macht einer absoluten Gewalt haben würden. Eine derartige Entwicklung werden wir erst mit der Zeit erleben, zweifellos erst nach langer Zeit, denn wir sind fest entschlossen, der Überredung nicht mit Gewalt nachzuhelfen und in die Regelung der innerdeutschen Angelegenheiten nicht einzugreifen. Dürfen wir dann aber aus
50 Achtung vor dem deutschen Herrschaftsgebiet und in schrankenlosem Vertrauen zulassen, dass unsere Grundsätze von Freiheit und Gerechtigkeit, ja unser Dasein durch plötzliche Aufwallungen der öffentlichen Meinung, durch Reaktionsversuche gefährdet werden, die jenseits des Rheines immer noch **möglich sind und alsbald Truppenstämme nebst zahlreichen Jahresklassen vorzüglich ausgebildeter Soldaten, d. h. ein sehr starkes Heer, in einen neuen Krieg werfen können?**

55 Kurz, Deutschland bleibt noch für lange Zeit, bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung eine furchtbare Drohung für die Zivilisation. Unter solchen Umständen gebietet die elementarste Vorsicht den
60 alliierten Nationen, die den ersten Ansatz zu einem Völkerbunde bilden, Deutschland gegenüber eine Gesamtheit von reinen Abwehrmaßnahmen und von grundlegenden Vorbereitungsmaßnahmen zu ergreifen. Diese Maßnahmen werden zugleich durch ihre Deutlichkeit die feste Absicht bekunden, das erstrebte Ziel, den Frieden zu erreichen und Deutschland in die Unmöglichkeit zu versetzen,
65 einen neuen Eroberungskrieg zu beginnen, sein Programm der Herrschaft durch Waffengewalt wieder aufzunehmen.

Welche Kräfte können wir dieser noch andauernden Bedrohung durch Deutschland entgegensetzen? [...]

70 Die Natur hat nur eine Schranke über den Weg des einbrechenden Feindes gezogen: den Rhein. Er muss benutzt und umstritten und darum schon im Frieden besetzt und befestigt werden. Ohne diese grundlegenden Vorsichtsmaßnahmen bleibt Westeuropa ohne jede natürliche Grenze und steht wie früher den Gefahren eines feindlichen Einfalls offen, der noch gewaltsamer werden kann. Ohne diese Vorsicht werden die friedlichen Industriegegenden Nordwesteuropas unmittelbar
75 von der zerstörenden Flut des Barbarenkrieges überschwemmt, dem kein Damm Halt gebietet. [...]

Fortan muss der Rhein die militärische Westgrenze der deutschen Völker bilden; Deutschland muss am linken Rheinufer jede Eintrittspforte, jeder Waffenplatz, d. h. jede Landeshoheit genommen werden [...].

80 Das ist für die Gegenwart und die nahe Zukunft **eine unerlässliche Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens**, und zwar:

1. wegen der materiellen und geistigen Verfassung Deutschlands,
2. wegen seiner zahlenmäßigen Überlegenheit über die demokratischen Länder Westeuropas. [...]

III

DEUTSCHLAND UNTER DEM NATIONALSOZIALISMUS –
INTERNATIONALE POLITIK UND ZWEITER WELTKRIEG

- 1 Bestimmen Sie Ziele und Maßnahmen der nationalsozialistischen
Wirtschafts- und Sozialpolitik bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs!
[10 BE]
- 2 [28 BE]
- 2.1 Erarbeiten Sie aus dem beigefügten Text (M1) die Bedeutung der deutschen
Landwirtschaft im Rahmen der NS-Ideologie!
- 2.2 Beschreiben Sie die beigefügte Abbildung (M2) und erläutern Sie vor dem
Hintergrund der militärischen Situation Ende 1942 ihre Ziele!
- 3 [22 BE]
- 3.1 Im Zeitungsartikel (M1) wird von der „erzieherischen Arbeit der
nationalsozialistischen Bewegung“ gesprochen.
Stellen Sie dar, mit welchen Mitteln das NS-Regime diese „erzieherische
Arbeit“ durchführte!
- 3.2 Diskutieren Sie Möglichkeiten, sich der „Erziehung“ durch das NS-Regime
zu entziehen, und gehen Sie auf die Folgen eines solchen Verhaltens ein!

**M1: Artikel zum 4. Reichsparteitag in Nürnberg, in: „Wochenblatt der
Landesbauernschaft Bayern“, 16. September 1937 (Auszüge)**

- Für alle Zeiten unvergesslich wird der Parteitag der Arbeit in die Geschichte des
deutschen Volkes eingehen. Durch diese Namensklärung „Parteitag der Arbeit“
hat der Führer vor dem deutschen Volke und vor aller Welt noch einmal
dokumentiert, dass der Arbeit durch die nationalsozialistische Idee ein neuer Sinn
gegeben worden ist. Arbeit ist für den deutschen Menschen nicht mehr ein
notwendiges Übel zur Befriedigung materieller Bedürfnisse, sondern höchstes
sittliches Gebot im Dienste seines Volkes.
- Alle Veranstaltungen des Parteitages, insbesondere die Vorträge vor dem
Kongress der Partei, waren ein eindrucksvoller Beweis dieser neuen Sinnggebung
der Arbeit durch die NSDAP. Alle Glieder der deutschen Blutgemeinschaft, alle
Berufe, Stände und Gruppen sind so durch ihre Arbeit einem sittlichen Gebot
unterworfen, d. h. in all ihrem Tun und Handeln dem Volke verpflichtet. [...]
- Richtunggebend für die Arbeit des Parteitages, richtunggebend für ein neues
Arbeitsjahr der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist die
Proklamation des Führers. Durch sie spricht der Führer zu den Frauen und
Männern der Bewegung und darüber hinaus zum ganzen Volk. Durch sie werden
die drängenden Fragen der Zeit aufgezeigt, die das Volk und die Welt bewegen.
So wird jede Proklamation des Führers zu einer Schau der Leistungen des
Nationalsozialismus, die erfüllt wurden, und einer Vorausschau auf die Aufgaben,
die in der Zukunft noch zu lösen sind.
- Was bisher die nationalsozialistische Bewegung für Deutschland getan hat, steht
beispiellos in der Geschichte da und wäre vor wenigen Jahren nicht einmal von
kühnsten Optimisten geglaubt worden: Deutschland ist wieder ein Machtfaktor in
der Welt, die Ketten von Versailles sind zerbrochen, die Arbeitslosigkeit ist
praktisch verschwunden, auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Kunst und Kultur
erstehen immer neue schöpferische Leistungen. Alles in allem also das Bild eines
für menschliche Begriffe kaum vorstellbaren Aufstiegs, der nur durch die
gewaltige dynamische Kraft der nationalsozialistischen Idee möglich wurde. [...]
- Jeden Bauern und Landwirt darf es mit berechtigtem Stolz erfüllen, dass **der
Führer und Reichskanzler in seiner Proklamation die Leistungen des
Landvolks mit ehrenden Worten erwähnte:** „Im Übrigen gibt es in unserer
Wirtschaft nur eine einzige Frage, die uns seit Jahren fortgesetzt mit den
schwersten Sorgen erfüllt: Es ist dies die Schwierigkeit unserer
Lebensmittelversorgung.“ Das hat jeder einzelne Angehörige des Landvolkes, ob
Bauer, Landwirt oder Landarbeiter, Tag für Tag erfahren, wenn vom
Reichsnährstand immer neue Leistungen und ein immer größerer Einsatz verlangt

werden musste. Nicht immer wird man draußen im Lande, an der Front, verstanden haben, warum die eine oder die andere Maßnahme notwendig war. Und es ist zweifellos auch ein Erfolg der erzieherischen Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung, dass die Männer und Frauen auf den Bauernhöfen, ob Parteigenossen oder Nicht-Parteigenossen, jeder Anweisung und Anregung von den zentralen Stellen sofort folgten. [...]

Mehr noch als bisher gilt es auch für die Zukunft, unter Einsatz aller Mittel alle Anordnungen oder auch nur Bitten der Führung des Reiches sofort zu berücksichtigen. Der Kampf Deutschlands um seine Ernährungsfreiheit ist schwer, schwerer als bei jedem anderen Volk. 137 Menschen auf einem Quadratkilometer sind schwerer zu ernähren als 11 oder 12. „Dieses Wunder kann uns nur gelingen“, so hat der Führer mit Nachdruck in seiner Proklamation erklärt, „bei äußerster Disziplin der ganzen Volksgemeinschaft, bei einem sofortigen Eingehen aller auf die Notwendigkeiten des Tages oder der Zeit.“

M2: Titelbild der NS-Zeitschrift „Der Schulungsbrief“, Januar/Februar 1943



IV

BEDINGUNGEN UND PROBLEME DES NEUBEGINNS NACH DEM ENDE
DES KRIEGES – DEUTSCHLAND SEIT DEN FÜNFZIGER JAHREN –
EUROPÄISCHE EINIGUNG UND NEUERE WELTPOLITISCHE
KONSTELLATIONEN

- 1 Beschreiben Sie die Grundzüge der weltpolitischen Entwicklung in den 1950er Jahren bis zum Zeitpunkt der beigelegten Rede (M1)! [12 BE]
- 2 [22 BE]
- 2.1 Fassen Sie thesenartig zusammen, welche Bedeutung Hans Furler der Montanunion beimisst (M1)!
- 2.2 Interpretieren Sie die beigelegte Karikatur (M2) und vergleichen Sie die Haltung des Zeichners gegenüber dem europäischen Einigungsprozess mit der Hans Furlers!
- 3 Untersuchen Sie, inwieweit die Bestrebungen einer europäischen Integration von 1958 bis zum Beginn der 1990er Jahre politisch umgesetzt wurden! [14 BE]
- 4 Erörtern Sie am Beispiel der inneren Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er Jahren Wirkungszusammenhänge zwischen wirtschaftlicher und politischer Stabilität! [12 BE]

M1: Rede Hans Furlers (CDU) vor der Gemeinsamen Versammlung¹ der Montanunion in Straßburg anlässlich seiner Wahl zum Präsidenten dieser Versammlung, 27. November 1956 (Auszüge)

[...] Wir stehen in einer erregenden weltpolitischen Situation. Mit erschreckender Deutlichkeit offenbarte sich die unerbittliche Gewalt, mit der im Osten unseres Kontinents alten europäischen Völkern die Freiheit verweigert wird. Ich denke da in erster Linie an das stolze und tapfere Volk der Ungarn, für das unsere Herzen schlagen. [...]

Die Ereignisse der vergangenen Wochen rufen die europäischen Staaten auf, das Trennende zu überwinden. Sie erzwingen eine Schicksalsgemeinschaft, die wir auch aus freier Entschließung bejahen. Diese Ereignisse beweisen aber auch, wie richtig der Weg war, der mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl beschritten wurde. Die Montanunion schuf starke Bindungen. Durch dieses Parlament soll eine neue, Gewalt und Unrecht ausschließende Ordnung gewahrt und der Geist der Gemeinschaft in einem Raume gestärkt werden, der auch schon durch tragische und nicht unverschuldete Konflikte zerstört war.

Dieses erste und einzige Parlament, dessen Befugnisse über das Gebiet eines nationalen Staates hinausreichen, erwies sich als Hort europäischen Denkens und als Anreger großer Entwicklungen. Aus seiner Mitte kamen die Gedanken, die zu den Plänen führten, die in den Begriffen „Allgemeiner gemeinsamer Markt“ und „Euratom“ umschlossen sind. Seine Arbeitsgruppe gestaltete diese neuen Ideen zu realisierbaren Vorschlägen; sie gab den Regierungen der sechs Mitgliedstaaten entscheidende Anregungen.

Es ist für uns erhebend, aber auch verpflichtend zugleich, zu sehen, dass die Grundgedanken der Gemeinschaft für Kohle und Stahl sich durchsetzen und erweitern und dass diese Erweiterung sich in der politischen Wirklichkeit zu realisieren beginnt. Zu unseren vornehmsten Aufgaben wird es gehören, die politische und die moralische Kraft unseres Parlaments für diese großen Ziele einzusetzen. [...]

Die tiefste Begründung für unsere gegenwärtige und für eine zukünftige größere Gemeinschaft dürfen nicht äußere Ziele geben, seien es technische oder betriebswirtschaftliche Möglichkeiten einer Verbesserung, seien es Vorteile, die aus einer richtigen Gestaltung des unsere Kräfte fördernden Wettbewerbs kommen, seien es Fortschritte, wie sie eine Zusammenarbeit in der reinen oder der angewandten Naturwissenschaft notwendig mit sich bringt. Dies alles sind nur Mittel, um die großen und letzten Ziele zu erreichen, denen unser Streben gilt. Wir

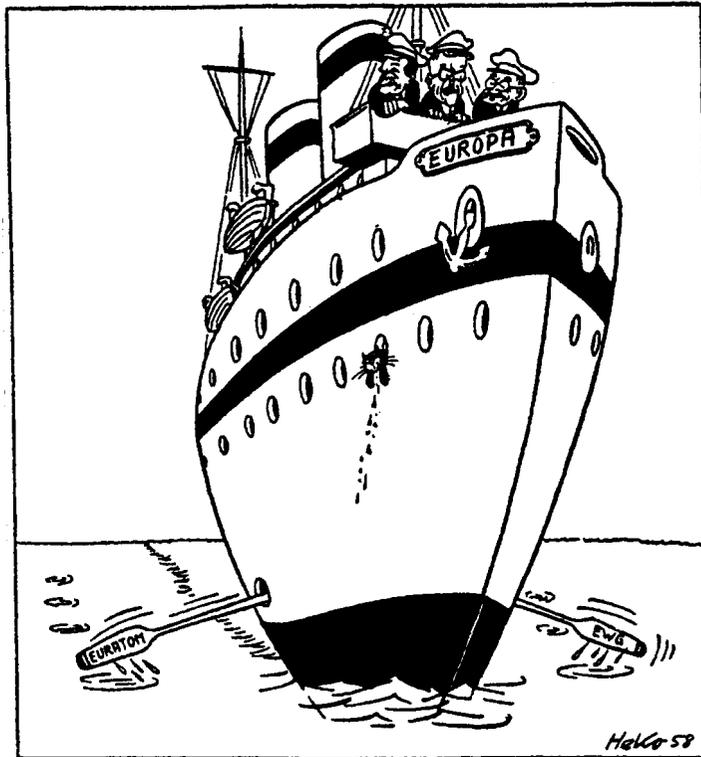
wollen dem arbeitenden Menschen helfen und der Wohlfahrt der Völker dienen. Montanunion, Euratom und Allgemeiner gemeinsamer Markt erfüllen ihren Sinn nur dann, wenn durch sie die sozialen Probleme einer großzügigeren und besseren Lösung zugeführt werden können. Nur dadurch können sichere Grundlagen für eine freiheitliche und die Würde des Menschen achtende politische Ordnung geschaffen werden. [...]

Schließlich aber gilt es zu beweisen, dass unser Streben nach dem wirtschaftlichen Zusammenwachsen der sechs Länder Westeuropas nicht selbstüchtig ist, nicht eine Autarkie zum Ziele hat. Es sind keine Ziele, die das übrige Europa ausschließen oder beeinträchtigen könnten. Der Sinn unserer Bemühungen ist nur, in einem begrenzten Raume unseres Kontinents und innerhalb eines sachlich beschränkten Bereiches eine Ordnung zu schaffen, die wirtschaftlich stabile Verhältnisse garantiert und die die Möglichkeit gewährt, den ökonomischen Forderungen unserer Zeit der technischen Umwälzungen gerecht zu werden. Diese Verbindung soll anregend und helfend auch auf die übrigen Länder Europas ausstrahlen, auf Staaten und Räume, denen Geschichte, politische Bindungen und geographisch-wirtschaftliche Sonderlagen ein so enges Zusammenwachsen noch nicht ermöglichen. [...]

Aus diesem Grunde hat dieses Hohe Haus auch immer einen so großen Wert darauf gelegt, Missdeutungen im Sinne autarker Bestrebungen zu widerlegen. Die von uns gebilligte Gestaltung der Außenbeziehungen der Gemeinschaft zeigt den Weg, der hier gegangen werden soll. Das wirtschaftliche Zusammenwachsen unserer sechs Staaten mit seinen das ganze Europa anregenden und kräftigenden Auswirkungen bildet nach meiner Überzeugung die einzige, aber auch die letzte Möglichkeit, die als Folge einer ebenso glanzvollen wie tragischen Geschichte nur scheinbar schicksalhafte politische Zersplitterung unseres Kontinents zu überwinden. [...]

¹ Organ der Montanunion, u. a. ausgestattet mit Kontrollrechten gegenüber der „Hohen Behörde“, dem Exekutivorgan der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

M2: Karikatur von Herbert Kolfhaus, 1958



Auf großer Fahrt: „Beide Maschinen volle Kraft voraus!“

[Abgebildet sind (von links nach rechts):

Louis Armand (1905 – 1971; Franzose, 1958 Präsident der Euratom-Kommission);

Walter Hallstein (1901 – 1982; Deutscher, 1958 Präsident der EWG-Kommission);

Paul Finet (1897 – 1965; Belgier, 1958 Präsident der Hohen Behörde der EGKS)]